

P5_TA-PROV(2003)0604

Moldawien

Entschließung des Europäischen Parlaments zu Moldawien

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zu Moldawien sowie seine Entschließung vom 20. November 2003 zu dem Thema „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“¹,
 - unter Hinweis auf das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Moldawien und der Europäischen Union, das am 28. November 1994 unterzeichnet wurde und am 1. Juli 1998 in Kraft getreten ist,
 - unter Hinweis auf das Memorandum zwischen Moldawien und Transnistrien, das am 8. Mai 1997 unterzeichnet wurde,
 - unter Hinweis auf die Entschließung 1280 des Europarates vom 24. April 2002,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16. und 17. Oktober 2003,
 - unter Hinweis auf die Erklärung des amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Abschlusssitzung der 11. Tagung des OSZE-Ministerrates 2003,
 - unter Hinweis auf die Hilfe, die die Europäische Union Moldawien im Rahmen von TACIS bereitstellt,
 - unter Hinweis auf die Abschlusserklärung und die Empfehlungen des letzten Treffens des Ausschusses für parlamentarische Zusammenarbeit EU-Moldawien vom 11. Juni 2003,
 - gestützt auf Artikel 50 Absatz 5 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Wirtschaft Moldawiens auf Grund der schwachen Regierung und des Mangels an wirklicher demokratischer Kontrolle der Regierung in hohem Maße unter Korruption leidet, dass fast 80 % des Marktes durch Schattenwirtschaft bestimmt ist, so dass das Steueraufkommen praktisch bei null liegt, ferner in der Erwägung, dass keine Grenzkontrollen an den Ostgrenzen stattfinden und dass das Sozialsystem ineffizient ist, weshalb Moldawien eines der ärmsten Länder Europas ist,
- B. angesichts der Schwierigkeiten, mit denen das moldawische Volk seit der Unabhängigkeit und während des Prozesses der Wirtschafts- und Sozialreformen konfrontiert ist,
- C. in der Erwägung, dass Transnistrien nach einem bewaffneten Konflikt unter Beteiligung russischer Truppen 1992 seine Unabhängigkeit erklärt und damit die gesamte Republik Moldau destabilisiert hat,

¹ P5_TA(2003)0520.

- D. in der Erwägung, dass ein erhebliches Maß an Kriminalität sowie eine tiefverwurzelte Schattenwirtschaft existieren und die Grundrechte sowie die Menschenrechte nicht respektiert werden, insbesondere in Transnistrien,
 - E. in der Erwägung, dass die moldawische Regierung angeboten hat, mit Transnistrien in einer gemeinsamen Verfassungskommission zusammenzuarbeiten, wobei der Europarat und die Union als Beobachter eingebunden werden sollen, um bis Februar 2004 eine neue Verfassung für ein wiedervereinigtes Moldawien zu erarbeiten,
 - F. in der Erwägung, dass es auf dem Treffen der Ukraine, Russlands und der OSZE am 24. und 25. September 2003 in Zagreb nicht gelungen ist, dem Verfassungsprozess neue Impulse zu verleihen; in der Erwägung, dass dieser Prozess nicht mit dem Rückzug der russischen Waffen und Streitkräfte aus Transnistrien verknüpft werden sollte,
 - G. in der Erwägung, dass Russland beschlossen hat, am 17. November 2003 selbst einen zweiten Friedensplan vorzulegen, in dem eine entmilitarisierte Föderation mit einem Sonderstatus für Transnistrien vorgeschlagen wird; in der Erwägung, dass dieser Plan letztlich von der moldawischen Regierung abgelehnt wurde,
 - H. in der Erwägung, dass der Rückzug der russischen Waffen und Streitkräfte, der auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 zugesagt und auf dem 10. OSZE-Ministerrat in Porto 2002 bestätigt worden war, wieder hinausgezögert wurde, was den transnistrischen Behörden die Möglichkeit gab, den Status quo aufrechtzuerhalten,
 - I. in der Erwägung, dass sich die meisten Minister, die an der 11. Tagung des OSZE-Ministerrates teilgenommen haben, für ein OSZE-Mandat für eine multinationale Friedensmission sowie unbewaffnete Beobachter ausgesprochen und die betroffenen Seiten aufgefordert haben, sich verstärkt für die Überwindung der Differenzen einzusetzen,
1. fordert die moldawische Regierung auf, die demokratischen Prinzipien, die Grundrechte sowie die Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Minderheitensprachen, zu achten und den Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Reformen verstärkt fortzusetzen, einschließlich der weiteren Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption; ist der Auffassung, dass dies das legitime Recht der Zivilgesellschaft und der Oppositionsparteien auf uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßig garantierten Freiheiten und Pflichten einschließt;
 2. ist der Auffassung, dass die moldawische Regierung bislang noch nicht in der Lage ist, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Demokratie zu stärken; ist davon überzeugt, dass eine rasche Lösung des Transnistrienkonflikts erheblich zur Stabilisierung der moldawischen Wirtschaft und zur Stärkung der Demokratie beitragen würde;
 3. fordert deshalb sowohl die Regierung als auch die Opposition auf, auf ihrer gemeinsamen Haltung aufzubauen, um eine europäische Perspektive für Moldawien voranzubringen;
 4. begrüßt die Tatsache, dass die moldawische Zivilgesellschaft einen Beitrag zur Entmilitarisierung, zur Verbrechensbekämpfung und zur Demokratisierung der gesamten Republik Moldau leistet;
 5. fordert die moldawische Regierung auf, den Menschenhandel für Zwecke der sexuellen Ausbeutung, insbesondere den Frauen- und Kinderhandel, durch eine effiziente

Durchsetzung der Gesetze zu stärken und den Opfern die notwendige Hilfe für ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu leisten;

6. unterstützt die Souveränität und territoriale Integrität Moldawiens, die die Grundlage für jegliche friedliche Lösung des Konflikts darstellt;
7. begrüßt die Schaffung einer gemeinsamen Verfassungskommission; ist allerdings enttäuscht, dass diese Kommission bislang noch keine wesentlichen Fortschritte erzielt hat;
8. ist der Auffassung, dass der von Russland vorgelegte Friedensplan, der der Legitimierung der gegenwärtigen Situation dienen soll, ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Demokratie in Moldawien darstellt und nicht zur Stabilisierung der gesamten Region beiträgt; erwartet mit Interesse einen Friedensplan der moldawischen Regierung;
9. bedauert, dass die russische Regierung trotz ihrer wiederholten Zusagen nicht beabsichtigt, ihre Truppen und Waffen vor Ende 2003 abzuziehen;
10. begrüßt das Einreiseverbot, das die Union für Mitglieder des transnistrischen Regimes verhängt hat;
11. fordert die Freilassung aller politischer Gefangenen, insbesondere in Transnistrien;
12. begrüßt die Haltung, die die meisten Minister, die an der 11. Tagung des OSZE-Ministerrates teilgenommen haben, vertreten, nämlich ein OSZE-Mandat für eine multinationale Friedensmission sowie unbewaffnete Beobachter zu erteilen, und spricht sich dafür aus, dass die Union an dieser Mission teilnimmt und auch Beobachter entsendet;
13. fordert die Regierungen Rumäniens, der Ukraine und Russlands auf, jede einseitige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Moldawiens zu unterlassen und mit der OSZE, der führenden Kraft im Demokratisierungsprozess in Moldawien, der Union und dem Europarat zusammenzuarbeiten, um eine stabile und friedliche Entwicklung aller Länder in der Region zu fördern;
14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Regierung und dem Parlament der Republik Moldau, den Regierungen Rumäniens, der Ukraine und Russlands sowie dem Generalsekretär der OSZE und dem Generalsekretär des Europarates zu übermitteln.